

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 26.06.2026

Hitze, Haushalts"debatte" ohne Aussprache und ein Erfolg für den Mieterschutz

Die jüngste Sitzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung stand ganz im Zeichen der durch den Klimawandel ausgelösten Hitzewelle. Bei hohen Temperaturen auch im Sitzungssaal stieß die Arbeitsfähigkeit des Parlaments an ihre Grenzen. Der Hitze zum Trotz protestierten im Vorfeld Gewerkschafter*innen und Vertreter*innen der freien Träger gegen Kürzungen im sozialen Bereich, erstere gegen die Kürzungen beim Kita-Personal, letztere für Planungssicherheit bei der städtischen Förderung.

Der Rechtsservice der Stadt überwachte die Temperaturen im Saal mit einem Thermometer, um die Arbeitsschutzvorgaben für die Verwaltungsmitarbeiter*innen im Blick zu behalten. Bereits zu Beginn wurde deshalb die Fragestunde gestrichen und beschlossen, nach 20:30 Uhr keine neuen Tagesordnungspunkte mehr aufzurufen. Am Ende sollte die Sitzung jedoch noch deutlich früher beendet werden.

Wahlen: Die Linke übernimmt Verantwortung in den Ausschüssen:

Trotz der schwierigen Bedingungen standen zunächst mehrere Wahlen auf der Tagesordnung. Für den Jugendhilfeausschuss wurde Lena Reschke als ordentliches Mitglied gewählt, Greta Grimm übernimmt die Stellvertretung. Für den Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes entsendet Die Linke künftig Lasse Wenzel, vertreten wird er von Lena Reschke. Beide Wahlen erfolgten in geheimer Abstimmung. Damit übernimmt unsere Fraktion auch in dieser Wahlperiode Verantwortung in wichtigen Gremien der Kinder- und Jugendpolitik.

Haushalt 2027 und freie Träger: Soziale Infrastruktur muss geschützt werden:

Im Mittelpunkt der politischen Debatte stand eigentlich der Beschluss zu den Eckpunkten des Haushalts 2027 und zur Finanzierung der freien Träger. Zu einer Aussprache kam es jedoch nicht. Nachdem der Ältestenrat vor der Behandlung des Tagesordnungspunkts einberufen wurde und zwei Stadtverordnete aufgrund der extremen Hitze medizinisch versorgt werden mussten, wurden alle weiteren Aussprachen des Tages von der Tagesordnung gestrichen. Allen betroffenen Kolleg*innen wünschen wir eine schnelle und vollständige Genesung. Es wurde schließlich nur noch über die Vorlagen abgestimmt. Der Tagesordnungspunkt wird deshalb in der nächsten Sitzung nachträglich öffentlich beraten.

Inhaltlich bleibt das Thema dennoch von großer Bedeutung. Der Oberbürgermeister hatte die Haushaltsaufstellung 2027 bewusst mit der Finanzierung der freien Träger verknüpft. Aus unserer Sicht wäre diese Verbindung nicht notwendig gewesen. Nach intensiven Beratungen wurde die ursprüngliche Vorlage jedoch durch einen Änderungsantrag von SPD, Grünen, Volt und Klimaliste deutlich verbessert. Vorgesehen sind höhere Ankerwerte für die Finanzierung der freien Träger, geringere Einsparvorgaben und ein stärkerer Schutz zentraler Bereiche wie Soziales, Bildung und Kultur. Gleichzeitig bleibt die grundsätzliche Zielsetzung bestehen, den städtischen Haushalt zu konsolidieren.

Für Die Linke war dies eine schwierige Abwägung. Wir lehnen pauschale Sparvorgaben weiterhin ab und kritisieren, dass auf der Einnahmeseite – etwa durch eine höhere Gewerbesteuer – keine verbindlichen Schritte vereinbart wurden. Gleichzeitig haben uns zahlreiche freie Träger

eindringlich geschildert, dass ohne eine schnelle Zusage zu den Ankerwerten Kündigungen und erhebliche Einschnitte in der sozialen Infrastruktur drohen würden. Deshalb hat unsere Fraktion dem Antrag zugestimmt, um größeren Schaden abzuwenden. Unsere Co-Fraktionsvorsitzende Miriam Stoll bringt diese Abwägung auf den Punkt: „Wir stimmen keinem absoluten Sparkurs zu. Aber wir lassen auch nicht zu, dass freie Träger und soziale Einrichtungen wegen fehlender Planungssicherheit in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Unsere Zustimmung dient dem Schutz der sozialen Infrastruktur – über den eigentlichen Haushalt werden wir erst im Herbst entscheiden.“

Wir dokumentieren hier auch die Rede unseres Co-Fraktionsvorsitzenden Jan Schalauske zum Thema. Der Inhalt der Rede entspringt dem gemeinsamen Diskussionsstand und wird von der gesamten Fraktion gemeinsam getragen. Bitte beachtet, es handelt sich um ein Skript. Die gesprochene Rede hätte davon mehr oder weniger deutlich abweichen können:

[Hier geht's zur Rede](#)

Mit Regenbogenfächern gegen Hitze und AfD:

Die Ereignisse des Abends machten deutlich, dass die Folgen der Klimakrise längst auch den parlamentarischen Alltag erreichen. Das ausgerechnet das Sammelbecken für Leugner*innen des Klimawandels (AfD) einen Dringlichkeitsantrag zur bereits seit Jahren bekannten und nur schwer veränderlichen Situation in Marburger Bussen einbringen wollte und sich im gleichen Atemzug über unsere Fächer in Regenbogenfarben echauffiert hat, hat die Anstrengung durch die Hitze nicht gelindert.

Ferienwohnungssatzung beschlossen: Ein Erfolg für den Schutz von Wohnraum:

Ein besonders erfreulicher Erfolg konnte jedoch auch ohne Aussprache beim Thema Wohnen erzielt werden. Unser Antrag, eine Ferienwohnungssatzung auf den Weg zu bringen, wurde angenommen. Seit Jahren setzt sich unsere Fraktion dafür ein, Wohnraum besser vor der Umwandlung in Ferienwohnungen zu schützen. Nun gibt es endlich eine politische Mehrheit für diesen Schritt.

Co-Fraktionsvorsitzender Jan Schalauske erklärt dazu: „Wohnraum ist zum Wohnen da und nicht für Spekulation oder Kurzzeitvermietung. Dass jetzt eine Ferienwohnungssatzung auf den Weg gebracht wird, zeigt: Beharrlichkeit zahlt sich aus. Wir haben dieses Thema über Jahre immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Jetzt wirkt linke Politik ganz konkret.“

Links wirkt: Mit der Ferienwohnungssatzung ist ein weiterer wichtiger Schritt gelungen, um dem angespannten Wohnungsmarkt in Marburg entgegenzuwirken und Wohnraum dauerhaft für die Menschen in unserer Stadt zu sichern.

Herzliche Grüße der Fraktion Die Linke in der Marburger Stadtverordnetenversammlung!

Jan Schalauske, Miriam Stoll, Nicole Wehnert, Lasse Wenzel, Viktoria Ehrke, Greta Grimm, Lena Reschke